Arztsitz-Vorkaufsrecht soll Überversorgung abbauen helfen

Praxiskauf durch die KV ist nicht unbedingt ein Verlustgeschäft

Immer wieder klagen Krankenkassen, dass der Ärztemangel in Wirklichkeit ein Verteilungsproblem sei, mit einer Unterversorgung auf dem Land und Überversorgung in den Städten. Das GKV-VStG sieht vor, für frei werdende Arztsitze in überversorgten Gebieten den KVen ein Vorkaufsrecht einzuräumen.

— Viele Krankenkassen sehen eine ärztliche Überversorgung in den Ballungsräumen. Ein Instrument, diese abzubauen, ist das Vorkaufsrecht für frei werdende Arztsitze in überversorgten Gebieten, das Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz (GKV-VStG) eingeräumt werden soll.

Die Krankenkassen fordern, dass es den KVen zur Pflicht gemacht wird, frei werdende Arztsitze aufzukaufen. Der Gesetzentwurf sieht bisher keine Verpflichtung vor. Ob eine KV das Vorkaufsrecht ausübe, sei voraussichtlich auch davon abhängig, ob die rein rechnerisch und auf dem Papier bestehende Überversorgung auch in der Realität

vorzufinden sei, erläutert Gesundheitsökonom Jens Leutloff von der Deutschen Apotheker- und Ärztebank (apoBank). „Schließlich liegen der Bedarfsplanung zum Teil noch Verhältniszahlen aus den 90-er Jahren zugrunde“, so Leutloff.“

KV müßte in alle Verpflichtungen eintreten

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hätten einige KVen bereits angekündigt, dass sie von dieser neuen Möglichkeit keinen Gebrauch machen wollen. „Hinzu kommt, dass die KV auch in die Pflichten des Praxisübernehmers eintreten müsste“, so Leutloff weiter. Mit anderen Worten: Sie müsste die Belastungen tragen, die aus langfristigen vertraglichen Verpflichtungen (Mietverträge, Anstellungsverträge etc.) resultieren. Die hierfür benötigten Mittel würden der Patientenversorgung entzogen.

Viele Einschränkungen können das Vorkaufsrecht ausbremsen

Hat der Zulassungsausschuss einen Nachfolger ausgewählt und ist zwischen Abgeber und Nachfolger ein Kaufvertrag zu Stande gekommen, hat die KV einen Monat Zeit, das Vorkaufsrecht auszuüben – außer der Nachfolger gehört zum engeren Familienkreis oder war zuvor Angestellter oder Praxispartner des abgebenden Arztes.

Aufgrund dieser Regelung wird das Vorkaufsrecht wohl in vielen Fällen keine Anwendung finden können. Die ge-

meinsame Umfrage von Springer Medizin und apoBank zum Thema Praxisabgabe aus dem Frühjahr dieses Jahres zeigt, dass jeder dritte Befragte plant, vor der Praxisabgabe einen Juniorpartner in die Praxis zu nehmen. Jeder sechste will sich laut Studie einer Kooperation anschließen.

Greift die KV aber zu, dann „tritt sie zu den ausgehandelten Bedingungen in den Vertrag ein, den der Arzt mit dem Käufer geschlossen hat“, sagt Rechtsanwalt Theo Sander von der Kanzlei Prof. Bicanski & Sander in Münster. Das bedeute, dass der abgebende Arzt theoretisch keine Einbußen im Vergleich zum ausgehandelten Vertrag erleidet, außer wenn sich die KV darauf beruft, der Preis entspreche nicht dem Verkehrswert der Praxis. In einem solchen Fall, so Sander, müsse man über einen Gutachter zu einer Lösung finden, notfalls auch vor Gericht.

Vorkaufsrecht könnte den Markt enger machen

Sander rechnet nicht damit, dass durch die Gerichte die Verkehrswerte reihenweise deutlich nach unten korrigiert werden. „Für Facharztpraxen, etwa Internisten, sieht das ganz anders aus“, glaubt der Rechtsanwalt. Ob es häufig schwierig sein wird, Einigkeit über den Praxiswert zu erzielen, ist im Vorhinein schwer zu prognostizieren.

Für Praxisübernehmer könne die Ausübung des Vorkaufsrechts jedoch eine Verknappung der angebotenen Arztsitze und somit einen Anstieg des Marktpreisniveaus zur Folge haben, meint Jens Leutloff.

© BSIP/Your_Photo_Today

Ärzte geben ihr Lebenswerk meist lieber in treue Hände als an die KV zur Schließung.

HAUKE GERLOFF ■